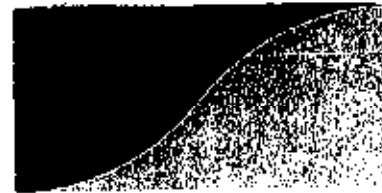


# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 88 848 ppbn d



## Inhalt

36. Jahrgang / 140

28. Juli 1981

Dr. Uwe Holtz MdB, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, sieht in der Entwicklungshilfe einen belebenden Faktor für unsere Volkswirtschaft. Seite 1/2

Ernst Haar MdB, Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED), warnt vor einem ruinösen Investitionsstopp bei der Bahn. Seite 3/4

Dr. Kurt Überschär MdB, Mitglied im Rechtsausschuß des Bundestages, wertet die Unruhe in der Jugend als Chance zum Dialog. Seite 5/6

Horst Grunenberg MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Seerecht der SPD-Bundestagsfraktion, fordert mehr Sicherheit bei Öltankern. Seite 7

Fritz Sänger, ehemaliger Chefredakteur des SPD-Pressedienstes, würdigt das politische Leben von Dr. Josephine Blesch. Seite 8

Entwicklungshilfe belebt unsere Wirtschaft

Öffentliche Entwicklungshilfe und deutsche Leistungsbilanz

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

In diesen Tagen wird des öfteren die Frage gestellt, ob die deutsche öffentliche Entwicklungshilfe (1980: rund 6,4 Milliarden DM) wesentlich zur Verschlechterung des Leistungsbilanzdefizits der Bundesrepublik beigetragen habe. Eine genauere Prüfung zeigt, daß sie zu verneinen ist. Die öffentliche Entwicklungshilfe belastet zwar die Übertragungsbilanz, doch stehen diesem Abfluß etwa gleich hohe positive Handelsbilanzeffekte gegenüber, die aus den deutschen Exporten in die Entwicklungsländer herrühren, die durch deutsche Entwicklungshilfe finanziert werden. Wenn alle Auswirkungen der Entwicklungshilfe mitbetrachtet werden, kommt es sogar zu positiven Effekten.

Wie sehen die Fakten im einzelnen aus? Die Bundesregierung hat dem Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 20. Mai 1981 einen Informationsvermerk vorgelegt, in dem auf folgendes hingewiesen wird: Öffentliche Leistungen an die Entwicklungsländer berühren die Zahlungsbilanz an drei Stellen:

- Zuschüsse, das heißt Technische Zusammenarbeit (früher als Technische Hilfe bezeichnet) und vergleichbare multilaterale Leistungen sowie Finanzielle Zusammenarbeit (früher als Kapitalhilfe bezeichnet) an die am wenigsten entwickelten Länder (LLDC), werden als unentgeltliche öffentliche Leistungen in der Übertragungsbilanz erfaßt und sind somit Bestandteil der Leistungsbilanz. Zu beachten ist dabei allerdings, daß die bilaterale Technische Zusammenarbeit nicht in vollem Umfang in der Übertragungs-

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

Kreuzvertrieb  
mit maximaler Reichweite  
Reizüberflut



bilanz erfaßt wird, sondern nur soweit Leistungen unmittelbar an Entwicklungsländer erfolgen.

- Kredite, das heißt Finanzielle Zusammenarbeit an alle Entwicklungsländer außer den LLDC sowie vergleichbare multilaterale Leistungen, werden als langfristiger öffentlicher Kapitalverkehr in der Kapitalbilanz erfaßt.
- Rückflüsse aus den Leistungen an Entwicklungsländer in Form von Aufträgen an deutsche Unternehmen werden als Exporte in der Handelsbilanz erfaßt, die dieser zugute kommen und ihrerseits wiederum Bestandteil der Leistungsbilanz sind.

Durch die deutsche bilaterale öffentliche Entwicklungshilfe und die deutschen Beiträge an die multilateralen Entwicklungsorganisationen, wie zum Beispiel Europäischer Entwicklungsfonds und Weltbank, wurden 1980 für rund 2,8 Milliarden DM Exporte deutscher Firmen in die Entwicklungsländer induziert; dem standen Belastungen in Höhe von 3,2 Milliarden DM durch die deutsche Entwicklungshilfe in der Übertragungsbilanz gegenüber. Damit ergibt sich für die Leistungsbilanz ein Negativsaldo von 0,4 Milliarden DM. Dies ist gerade etwas mehr als ein Prozent des gesamten deutschen Leistungsbilanzdefizits in Höhe von 29 Milliarden DM im Jahre 1980. (Aufgrund des Beschlusses, für die LLDC die Schulden zu erlassen, kam es 1980 zu einer außergewöhnlichen Belastung der Übertragungsbilanz von 1,5 Milliarden DM; 1981 wird sich jedoch der Betrag voraussichtlich auf lediglich 100 Millionen DM belaufen).

Grundlage der positiven Handelsbilanzeffekte nach obiger Rechnung sind die nach Lieferländern aufschlüsselbarer Aufträge, die aus der finanziellen bilateralen Zusammenarbeit herrühren. Beträchtliche zusätzliche, zahlenmäßig jedoch nicht erfaßbare Exporte, ergeben sich daneben aus der nicht-aufteilbaren bilateralen finanziellen Zusammenarbeit, die 1980 rund 800 Millionen DM betragen hat. Ferner ergeben sich zusätzliche zahlenmäßig jedoch nicht erfaßte Exporte durch Materialleistungen im Rahmen der nicht-staatlichen technischen Zusammenarbeit. Auch sind in dieser Rechnung die nur schwer quantifizierbaren mittelbaren Exportwirkungen außer acht gelassen, die sich aus dem good will-Effekt der Hilfe und der Steigerung der Kaufkraft der Entwicklungsländer ergeben. Schließt man alle diese zusätzlichen Wirkungen ein, so ist die Schlußfolgerung zulässig, daß die deutsche öffentliche Entwicklungshilfe nicht nur leistungsbilanzneutral ist, sondern sich insgesamt sogar positiv auf die Leistungsbilanz der Bundesrepublik auswirkt.

(-/28.7.1981/ks/hgs)

+ + +



**Ruinösen Investitionsstopp bei der Bahn vermeiden**  
-----**Der Bundeshaushalt 1982 muß in diesem Bereich Signale setzen****Von Ernst Haar MdB****Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands**

Der öffentliche Verkehr ist deutlich im Aufwind. Während als Folge der ständig kletternden Bezinpreise der Individualverkehr in diesem Jahr bereits um fünf Prozent zurückgegangen ist, setzt sich der Aufwärtstrend der letzten Jahre bei der Bahn und bei den Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs fort. Bei der DB sind Verkehrssteigerungen, insbesondere beim Inter-City-Verkehr und im S-Bahn-Bereich zu verzeichnen; das heißt in den Bereichen, in denen durch umfangreiche Investitionen das Verkehrsangebot deutlich verbessert worden ist.

Ein typisches Beispiel ist die Münchner S-Bahn. Vor zehn Jahren, kurz vor Aufnahme ihres Betriebes, hatte man mit einem Verkehrsaufkommen von 250.000 Fahrgästen pro Werktag gerechnet. Inzwischen sind es bereits täglich 560.000 Menschen und es werden ständig mehr. Die S-Bahn stößt nun an die Grenzen ihrer Kapazität. Mehr Fahrzeuge als heute vorhanden müßten eingesetzt werden. Der Deutschen Bundesbahn stehen jedoch die notwendigen Gelder weder für die Beschaffung weiterer Triebzüge noch für den notwendigen Ausbau der Stromversorgung des Münchner S-Bahn-Netzes zur Verfügung. Durch die Überfüllung der Züge in den Spitzenstunden sinkt nun die Attraktivität der S-Bahn und manch einer fährt weiter mit dem privaten Pkw.

So wie bei der S-Bahn in München ist die Situation auch in anderen Bereichen der DB. Obwohl der Inter-City-Verkehr überall gut aufgenommen wurde und der Fahrgastzustrom anhält, mußte das Beschaffungsprogramm für den Kauf moderner Großraumwagen gestreckt werden. Kapazitätsengpässe in den Fernverkehrszügen sind die Folge.

Im Güterverkehr ist die Situation noch dramatischer. Während bisher jährlich rund 5000 insbesondere für Spezialverkehre bestimmte Güterwagen beschafft wurden, sollen es im nächsten Jahr kaum mehr als 2.000 Wagen sein. Dies, obwohl 7.000 Güterwagen pro Jahr als Ersatz für den Abgang überalteter, teilweise noch aus der Vorkriegszeit stammender Waggons, notwendig wären.



Der immer deutlicher werdende Widerspruch zwischen der zunehmenden Nutzung der Bahn und den sinkenden Investitionen zur Verbesserung des Verkehrsangebots ist eine Folge der verringerten Investitionshilfen des Bundes an die Bahn. Trotz steigender Beschaffungskosten standen der DB 1980 und stehen ihr auch in diesem Jahr weniger Investitionsmittel zur Verfügung als 1979. Nach dem jetzigen Stand der mittelfristigen Finanzplanung sollen die realen DB-Investitionen (Preisstand 1976) von 3,35 Milliarden DM im Jahr 1979 auf 2,58 Milliarden DM im Jahr 1984 gesenkt werden.

Die Waggon- und Lokomotivindustrie bekommt die Konsequenzen dieser Politik bereits voll zu spüren. Bleibt es bei der für 1982 geplanten Halbierung des Fahrzeugbeschaffungsprogramms, dann ist die Schließung einiger Produktionsstätten unabwendbar. Besonders gefährdet sind die bereits jetzt nur mangelhaft ausgelasteten Produktionsstätten in West-Berlin. Auch die Elektroindustrie sowie das Baugewerbe spüren zunehmend den Rückgang der Aufträge der DB.

Sollte auch das 1980 vom Bundesverkehrsministerium vorgelegte Programm für den Neu- und Ausbau der wichtigsten Strecken der Deutschen Bundesbahn, das im Zeitraum 1981 bis 1990 Ausgaben in Höhe von 18,4 Milliarden DM vorsieht, erheblich gekürzt werden, dann sind die Zukunftschancen der Bahn unmittelbar bedroht. Ein solcher Investitionsstopp wäre für den Schienenverkehr ruinös. Wenn es zutrifft, daß die DB im Zeitraum 1982 bis 1986 rund 4,5 Milliarden DM benötigt, um die begonnenen Neubaustrecken Mannheim-Stuttgart und Hannover-Würzburg zügig zu realisieren, ihr nach den bisherigen Ansätzen jedoch nur zwei Milliarden DM zur Verfügung stehen werden, dann sind die Weichen falsch gestellt.

Die kommenden Jahre müssen für die DB eine entscheidende Wende bringen. Eine grundsätzliche ordnungspolitische Bestandsaufnahme, die Beseitigung der bestehenden Wettbewerbsverzerrungen im Güterverkehr und eine merkliche Aufstockung der Investitionsmittel der DB sind unumgänglich. Die Schiene ist in der Investitionspolitik jahrelang benachteiligt worden. Es wäre widersinnig zu einem Zeitpunkt, zu dem das Interesse am umweltschonenden und vom Erdöl unabhängigen Schienenverkehr wieder wächst und die Zahl der Reisenden unübersehbar steigt, die Bahn finanziell ausbluten zu lassen.

Wenn die Erklärungen führender Politiker zum Schienenverkehr und seinen Zukunftschancen keine Lippenbekenntnisse bleiben sollen, dann müssen nun Signale gesetzt werden. Hierzu gehört der Mut, unsinnige Bauvorhaben wie den Rhein-Main-Donau-Kanal endlich abzubauen und weitere Konsequenzen auch im Straßenbau zu ziehen. Den Erklärungen über die Unverzichtbarkeit der Bahn müssen endlich Taten folgen. (-/28.7.1981/bgy/hgs)

+ + +



### Jugendproteste - Chance zum Dialog

---

Die Signale der Unruhe wollen wahrgenommen und verstanden werden

Von Dr. Kurt Überschär MdB

Mitglied im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages

Es sind immer Minderheiten, die Unruhe auslösen. Die jugendlichen Instandbesetzer und Demonstranten von Zürich, Berlin, Freiburg, Nürnberg und anderer Städte sind nicht "die Jugend" schlechthin. Und doch gibt es Grund genug anzunehmen, daß das, was diese Jugendlichen denken, fühlen und tun, zugleich auch Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Vorgänge ist.

Bei uns neigt man zu Übertreibungen: Wenn irgendwo festgefügte und starre Regeln nicht beachtet oder gar außer Kraft gesetzt werden, heißt es leicht, der Rechtsstaat sei in Gefahr. So sehr im allgemeinen wie im besonderen darauf zu achten ist, daß rechtsstaatliche Verhaltens- und Verfahrensweisen eingehalten werden, so führt doch diese Perspektive allein nicht weiter. Wer nicht nur an den Symptomen herumkurieren will, muß Regelverletzungen auch auffassen als Signale, die auf gesellschaftliche Problemfelder hinweisen.

Das gilt im besonderen Maß für jene Ereignisse, die unter dem Stichwort "Jugendunruhen" zusammengefaßt werden können; denn die Probleme, auf die Jugendliche hier ansprechen und reagieren, sind in aller Regel keineswegs jugendspezifisch. Spezifisch aber - und für Außenstehende heißt das häufig abschreckend - sind die Formen, in denen reagiert wird. Allerdings gilt es zu unterscheiden: Jugendliche Protestszene und Jugend schlechthin sind nicht deckungsgleich. Es sind vielmehr im großen und ganzen folgende Gruppen zu unterscheiden:

Da sind zunächst jene Jugendlichen, die sich mit den gesellschaftlichen Zuständen arrangiert haben. Sie interessieren sich vor allem für ihr persönliches Vorwärtkommen und versuchen, möglichst nicht durch abweichende Meinungen oder abweichendes Verhalten anzuecken. Da dies weniger mit positiver Integration zu tun haben dürfte, als vielmehr mit mangelndem politischen und gesellschaftlichen Engagement, besteht hier kein Grund zur Zufriedenheit.

Neben diesem Teil der Jugend ist auf jenen hinzuweisen, der sich in traditionellen Formen engagiert: In den Jugendorganisationen der Parteien, denen der Gewerkschaften, der Kirchen usw..

Nicht gering zu veranschlagen ist auch jene Gruppe Jugendlicher, die aufgrund widriger Umstände wie z.B. problematisches Elternhaus, schlechte Lebensbedingungen als Auszubildende oder ähnliches vor den Problemen, mit denen sie konfrontiert ist, in Alkohol oder andere Drogen flüchtet.

Erst nach diesen Gruppierungen sind jene Jugendlichen zu nennen, auf die der Begriff der "Jugendunruhen" eigentlich gemünzt ist. Hier fällt vor allem auf, daß Unmittelbarkeit hoch im Kurs steht. Erfahrungen zählen, nicht abstrakte Analyse und Reflexion. So konzentrieren sich denn diese Jugendlichen überwiegend auf ihren unmittelbaren Erlebnisbereich: Auf Arbeitsverhältnisse, Wohnverhältnisse, Freizeitformen. Hier versuchen sie Einfluß zu nehmen und neu zu gestalten. Von den Mißständen, die sie hier in ihrem Alltag erleben, speist sich ihr Urteil über Gesellschaft und Politik als Ganzes. Und derart erfahrungsgesättigt, ist es durch keine "abstrakte" Argumentation zu widerlegen.

Instandbesetzungen und Landkommunen sind nur die spektakulären Formen einer Bewegung, die aufs Ganze zielt. Sie als "Rückzug ins Private" oder "politisches Aussteigertum" zu apostrophieren, verkennt, daß hier eine Gegenkultur errichtet werden soll, die darauf zielt, die als inhuman erlebte Umwelt zu ersetzen.



Wenn sich aus einer Umfrage ergibt, daß die Mehrheit der Bevölkerung unter 29 Jahren die Besetzung leerstehender Häuser billigt, Instandbesetzungen gar von einer Mehrheit der Gesamtbevölkerung gebilligt werden, dann liegt die Vermutung nahe, daß diese jugendliche Minderheit, die ihrer Empörung Luft zu machen und ihre Wünsche zu realisieren versucht, auch Ängste, Empörung und Wünsche eines Großteils der übrigen Bevölkerung ausiebt. Wer auch wollte bestreiten, daß Besserstellung der Lehrlinge, lebendigere Straßen, menschlichere Wohnungen, kinderfreundliche Schulen uns allen zugute kämen.

Gesellschaftspolitisch töricht wäre es, die Äußerungsformen der protestierenden Jugend als unbegründete Aktionen Fehlgeleiteter zu interpretieren. Selbstverständlich bedarf es keiner Erklärung, daß gewaltsame Aktionen strikt abzulehnen und zu verhindern sind. Darüber hinaus aber bedarf es des Verstehens, d.h. zunächst vor allem der Bereitschaft, verstehen zu wollen. Auch dort, wo Gewalt im Spiel ist. Rigide Kriminalisierung trägt hier nicht weit, die Einsicht in die Motive dagegen könnte weiterhelfen. Das sollte so schwer nicht sein, zumal sich die Angriffe nicht gegen unsere verfassungsrechtliche Ordnung generell richten, sondern gegen konkrete Umstände, die Bewegungsfreiheit und Kreativität ebenso verhindern wie Ruhe und Geborgenheit.

Anders als der Protest der 60er Jahre, ist der gegenwärtige vor allem durch seine Sprachlosigkeit gekennzeichnet. Sprachlosigkeit aber heißt nicht Ausdruckslosigkeit. Parolen an Häuserwänden, provokative Kleidung und dezidiert unkonventionelles Verhalten sind zwar zunächst Ausdruck der Verweigerung, setzen aber zugleich Signale, die wahrgenommen und verstanden werden wollen. Gewiß sind diese Ausdrucksformen häufig hermetisch und für Außenstehende überwiegend kaum verständlich. Diese Dialogverweigerung vieler Jugendlichen aber ist die Kehrseite der mangelnden Einsichtsbereitschaft ihres Gegenübers. Wer zu jedem Hinweis auf einen Mißstand ein schlagkräftiges Argument parat hat, braucht sich nicht zu wundern, wenn seinen Widerpart die Lust am Argumentieren vergeht. Mit vorgestanzten Sprachformeln und noch weniger mit abgedroschenen Phrasen sind diese Unruhigen nicht zu besänftigen. Diejenigen Jugendlichen, die heute auf dem Weg der Desintegration sich befinden, sind mit den alten Argumenten nicht zurückzuhalten. Nur wer sich für sie und ihre spezifischen Probleme wirklich interessiert, d.h. sie zu verstehen versucht, kann seinerseits mit ihrem Interesse rechnen.

Verständigungsbereitschaft ist Voraussetzung für einen Dialog. Daß Vernunft und Unvernunft nicht einseitig verteilt sind, versteht sich von selbst. Das heißt aber auch, daß zum Dialog nicht wirklich bereit ist, wer Einsicht allein von den Jugendlichen verlangt. Wer anderen Pluralität und Toleranz als politische Tugenden vermitteln will, muß seinerseits Toleranz üben und Pluralität anerkennen. Jugendliche müssen das Recht haben, nach Lebensformen zu suchen und diese auszuprobieren, die ihnen gemäß erscheinen und mit denen sie sich zu identifizieren vermögen. Dies auch dann, wenn darin ein Stück Gegenkultur sich manifestiert. Neue Problemlösungsmuster lassen sich nicht in verkrusteten Strukturen finden; was dem "Etablierten" zunächst Chaos und Anarchie scheint, mag auf den zweiten Blick als konstruktiv sich entheilen. Jenseits der spektakulären Aktionen geht es diesen jungen Menschen überwiegend darum, die Machtstrukturen zu beseitigen, die verhindern, daß jene Werte verkümmern, die früher als erstrebenswert galten und deren Erhaltung man propagiert hat.

Daß die Jugendlichen häufig im einzelnen nicht genau wissen, was sie wollen und wie eine Gesellschaft nach ihren Vorstellungen aussehen sollte, ist auch eine Chance. Der unbestimmte Wunsch nach mehr Lebensqualität ist auch ein Wunsch anderer Gesellschaftsschichten. Hier anzusetzen und genaue Vorstellungen zu entwickeln, ist Aufgabe aller und nur im gemeinsamen Dialog möglich.

+ + +



**Mehr um Tankersicherheit kümmern**  
-----

Von Horst Grunenberg MdB  
Obmann der AG "Seerecht" der SPD-Bundestagsfraktion

Seit dem spektakulären Unglück des Tankers "Amoco Cadiz" im Jahre 1978 vor der bretonischen Küste ist einiges angelaufen, um den Menschen an der Küste mehr Sicherheit vor Ölkatastrophen zu geben. Das alles reicht jedoch nicht aus, um Unfälle zu vermeiden, wie die Havarie des Tankers "Alfran Zenith" am vergangenen Wochenende im Hamburger Hafen beweist. Die Maschine fiel aus, und das Schiff lief aus dem Kurs. Alles, was notwendig war, um den Riesenpott nach Hamburg zu bringen, ist getan worden - wie Radarüberwachung, Lotsenberatung, keel-clearance - und es sei auch vorausgesetzt, daß die Schiffsführung nach IMCO-Vorschriften ausgebildet ist. Es stellt sich aber wiederum die Frage, warum niemand an die Verbesserung der technischen Standards so recht heran will. Ob es die Elbe oder das Jade-Fahrwasser ist, diese Tanker-Riesen sind von den Gezeiten abhängig, wenn sie ihre Fracht loswerden wollen. Strömungen und Wind sind nie genau zu berechnen, und Ruder- oder Maschinenschäden sind nie auszuschließen. Auch die Fahrrinnen weisen ständige Bodenveränderungen durch die Strömung auf.

Es ist nur zu logisch, daß die Frage gestellt wird, warum Tanker ohne Doppelboden fahren. Die Außenhaut der Tanker ist im Verhältnis zur Ladung dünn wie eine Eierschale. Der Innendruck der Ladung gleicht den Außendruck durch das Wasser aus. Darauf beruht die Stabilität eines Tankers. Hätte die "Alfran Zenith" einen Doppelboden als "Knautschzone" gehabt, gäbe es vermutlich keine Ölpest auf der Elbe. Um aber trotzdem auslaufendes Öl so schnell wie möglich einzukreisen, sollte die Schlepsschiffahrt zumindest in den Seehäfen mit Ölsperrevorrichtungen bestückt werden, einheitlich genormt, damit die Vorrichtungen der einzelnen Schiffe je nach Größe des Ölteppichs aneinandergeschaltet werden können.

Es ist an der Zeit, daß wir nicht nur alle erdenklichen Unfälle bei Kernkraftwerken konstruieren, um Gefahren auszuschließen, sondern daß wir uns auch mehr um die technische Tankersicherheit kümmern.

(-/28.7.1981/ks/hgs)

+ + +



## Eine Vorkämpferin für Entspannung

-----  
Dr. Josephine Blesch starb im Alter von 95 Jahren

Von Fritz Sänger

Ehemaliger Chefredakteur des SPD-Pressedienstes

Im 95. Lebensjahr ist Dr. Josephine Blesch am 22. Juli 1981 gestorben. Wer auch immer, Diplomat, Politiker oder Journalist, das politische Geschehen im Kaiserreich, in der Zeit der Weimarer Republik, auch unter der Diktatur des Nationalsozialismus und bis in die jüngste Gegenwart hinein nicht nur oberflächlich verfolgt hat, muß irgendwann einmal direkt oder mittelbar auf die Arbeit dieser Frau gestoßen sein. Sie hat ein Pensum erledigt, das seinesgleichen kaum finden wird.

Matthias Erzberger zog sie 1917, im Ersten Weltkrieg zur Mitarbeit heran. Sie sollte die Wirkung der Friedensresolution des Deutschen Reichstages erkunden und helfen, eine Lösung der zwischen Deutschland und Frankreich stehenden Elsass-Lothringen-Frage zu finden. Sie wurde zu einem "wandelnden Archiv", wie Gustav Stresemann sie einmal genannt hat. Sie war sicher und zuverlässig, wenn sie politische Tatsachen, Details der Ereignisse, Daten oder Analysen, auch Vorausschauern mitteilte oder im eifrigen Gespräch entwickelte. Sie war jedem ernst suchenden politischen Menschen jederzeit zur Verfügung. Carlo Schmid, Fritz Erler gehörten zu ihren dankbaren Partnern.

Josephine Blesch war in den baltischen Staaten, vor allem in Litauen tätig; sie bereiste 1925 die Sowjetunion. Joseph Wirth holte sie 1926 in die Redaktion der Zeitschrift "Deutsche Republik". Dort waren Völkerbund, Abrüstung, Reparationen und der Locarno-Pakt mit seinen ostpolitischen Problemen die hauptsächlichen Themen Ihrer Arbeit. An der Reparationskonferenz im Haag nahm sie als "Pressereferentin", in Wahrheit als sachverständige Mitarbeiterin, teil. 1932 rief das Auswärtige Amt sie zu sich, wo sie jedoch 1937 wieder ausschied. Inzwischen schrieb sie unter drei Kreuzen als Pseudonym die Kolumne "Sagen was ist!", in der sie Ihre Art, direkt und eindeutig auszusprechen, was gekannt und beachtet werden mußte, unverkennbar darstellte. Das Amt rief sie 1940 wieder und versteckte sie im Archiv. Nach dem Krieg holte Jakob Kaiser sie zu sich, bis sie 1955, nun über 70 Jahre alt, in freier Zusammenarbeit mit Politikern aller Richtungen für eine Politik der Entspannung wirkte. Sie schrieb Aktennotizen, Memoranden, Analysen und Briefe. Sie hatte Kontakte zu deutschen und zu ausländischen Politikern und Historikern aller Meinungen. Sie war eine klar denkende, engerische Verfechterin humaner Ideen und ihrer Anwendung in einer Politik, die ohne Emotionen, wohl aber mit Vernunft zu betreiben sei.

Das demokratische Deutschland verdankt dieser Frau, die in aller Stille einen starken Einfluß ausgeut hat, ob sie es wollte oder nicht, weit mehr, als in einem Nachruf auch nur angedeutet werden kann. Wir Nachlebenden haben allen Grund, uns vor diesem Menschen zu verbeugen, dessen Charakter, dessen Willenskraft und unbegrenzt erscheinender Fleiß, denen, die diese Frau gekannt haben und vielen, die von ihr wissen, Vorbild gewesen ist und bleiben wird.

(-/28.7.1981/ks/hgs)

+ + +